


Sitzungsprotokoll

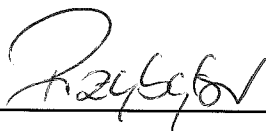
Gemeinde Lägerdorf		
Gremium Gemeindevertretung		
Tag 15.05.2012	Beginn 17.30 Uhr	Ende 19.42 Uhr
Ort Rathaus, Breitenburger Straße 23 in 25566 Lägerdorf		

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieses Protokolls sind.



Vorsitzender



Protokollführerin

Teilnehmerverzeichnis

zum Protokoll der Sitzung
**der Gemeindevertretung
 der Gemeinde Lägerdorf**

am 15.05.2012

	anwesend	
	ja	nein
LWG-Fraktion		
Gülck, Karl-Heinz - 1. stellv. Bürgermeister -		x
Erna Haftstein		x
Regine Fritz	x	
Brigitte Hoffmann		x
Roswitha Rogall	x	
Sigrid Blendek		x
SPD-Fraktion		
Heidi Siebrandt	x	
Jörg Anders	x	
Manuela Streich	x	
Heiner Sülau - Bürgermeister -	x	
Ingolf Streich	x	
Marc Pollex	x	
CDU-Fraktion		
Jürgen Tiedemann - 2. stellv. Bürgermeister -	x	
Horst Jeworek		x
Andreas Bolik	x	
Burkhard Barthel	x	
Christian Droßard	x	

Ferner anwesend:

Herr Voß, Arch.Büro Roggenkamp & Bley, sowie Herr Pede, Amtsverwaltung Breitenburg, zu TOP 4

Tom Schöttle und Rüdiger Hollm zu TOP 6

sowie Frau Przybylski als Protokollführerin



Gemeinde Lägerdorf

Partnergemeinde der Stadt Sepopol (Polen)

04.05.2012

Gemeindevertretung

EINLADUNG

Zu einer **öffentlichen** Sitzung der **Gemeindevertretung der Gemeinde Lägerdorf** am **Dienstag, d. 15. Mai 2012 um 17.30 Uhr** im **Rathaus, Breitenburger Straße 23 in 25566 Lägerdorf**, werden Sie hiermit eingeladen.

TAGESORDNUNG

1. Anträge zur Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Aussprache zum Protokoll der letzten Sitzung
4. Erweiterung des Kindergartens der Gemeinde Lägerdorf um 10 Krippenplätze
5. Projekt Aussichtsplattform mit Wohnmobilstellplatz und Freizeiteinrichtungen am ehemaligen Jungviehstall
- s. anl. Antrag der CDU-Fraktion -
6. Kurzinformation über Möglichkeiten, Gemeinden mit günstiger Energie zu versorgen
- s. anl. Antrag der CDU Fraktion -
7. Mitteilungen und Anfragen

gez. Sülau
(Bürgermeister)

Verteiler:
Gemeindevertreter
Kinder- u. Jugendparlament

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Gemeindevertretung fest.

Zu Pkt. 1: Anträge zur Tagesordnung

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Zu Pkt. 2: Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner weist darauf hin, dass es erneut Schmierereien in Lägerdorf gegeben hat. Diesmal wurden die Altkleidercontainer beschmiert. Das Ordnungsamt wird gebeten, die Betreiberfirma anzuschreiben und um sofortigen Austausch der Container zu bitten.

Zu Pkt. 3: Aussprache zum Protokoll der letzten Sitzung

- Herr Bolik fragt nach, von wem und bis wann die Punkte zu TOP 15 „Stellungnahme zum Prüfungsbericht“ abgearbeitet werden. Die Punkte 1 - 4 werden von der Verwaltung vorbereitet und dann den zuständigen Ausschüssen vorgelegt. Das geforderte Schreiben an das Land wird die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister zeitnah versenden.
- Das beschlossene Ausbauprogramm Klaus-Groth-Straße wurde den Anliegern in einer Versammlung am 10.05.2012 vorgestellt.

Zu Pkt. 4: Erweiterung des Kindergartens der Gemeinde Lägerdorf um 10 Krippenplätze

Als Tischvorlage wird den Gemeindevertretern eine Kostenschätzung sowie ein Finanzierungsplan vorgelegt. Danach soll die geplante Kindergartenerweiterung rd. 500.000 € kosten, der Eigenanteil der Gemeinde beläuft sich dabei auf rd. 270.000 €. Bürgermeister Sülau erklärt, dass die Kommunalaufsichtsbehörde Zustimmung zur geplanten Kindergartenerweiterung signalisiert hätte.

Herr Sülau begrüßt Herrn Voß vom Architektenbüro Roggenkamp & Bley, der das gemeinsam mit der Arbeitsgruppe erarbeitete Konzept anhand von Planzeichnungen erläutert. Er macht darauf aufmerksam, dass sich die Kosten in etwa wie folgt verteilen:
Gebäude: 400.000 €, Außenanlagen: 60.000 €, Einrichtung: 40.000 €.

In der anschließenden Diskussionsrunde wird insbesondere die Feuerwehrezufahrt angesprochen, wobei im Ergebnis die geplante Zufahrt vom Fehrsweg aus, direkt neben dem Erweiterungsbau, gebilligt wird.

Herr Voß macht außerdem deutlich, dass die Heizungsanlage zunächst an die Anlage der Schule angeschlossen wird mit der Option, evtl. später einmal für den Kindergarten eine eigene Versorgung vorzusehen. Die Warmwasserversorgung wird mit Untertischgeräten gewährleistet.

Herr Tiedemann bittet darum, die Finanzierung nun zügig voranzutreiben, da zurzeit sehr gute Konditionen geboten werden. Er rät zu einer 20jährigen Zinsbindung. Herr Pede macht jedoch darauf aufmerksam, dass erst die Zuschussbewilligung abzuwarten ist. Es wäre noch unklar, ob letztendlich alle Kosten anerkannt und die Förderung in der beantragten Höhe bewilligt wird. Außerdem muss zunächst ein Nachtragshaushaltsplan aufgestellt werden. Erst dann kann die Finanzierung in Angriff genommen werden.

Herr Tiedemann bittet weiter darum, die Angelegenheit, insbesondere evtl. Änderungen der Fördermöglichkeiten, im Blick zu behalten, um diesmal rechtzeitig reagieren zu können. Außerdem erinnert er daran, dass zu gegebener Zeit auch für mehr Personal gesorgt werden muss.

Auf Nachfrage bestätigt Herr Pede, dass die Maßnahme bis zum 31.12.2013 beendet sein muss, Abrechnungsunterlagen können noch bis zum 31.03.2014 eingereicht werden.

Abschließend bedankt sich Herr Droßard bei der Arbeitsgruppe für die schnelle und gute Arbeit. Die Kosten hält er nicht für zu hoch, die zu erwartende Zins- und Tilgungsleistung für vertretbar.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden **Beschluss**:

Das vorgestellte Konzept zur Erweiterung des Kindergartens um 10 Krippenplätze wird gebilligt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Pkt 5: Projekt Aussichtsplattform mit Wohnmobilstellplatz und Freizeiteinrichtungen am ehemaligen Jungviehstall

Allen Gemeindevertretern liegt der Antrag der CDU-Fraktion vom 04.04.2012 vor. Herr Droßard erläutert, dass sich die CDU-Fraktion ausgehend vom Kooperationsvertrag Gedanken gemacht hätte, wie der Wendehammer in der Dorfstraße gestaltet werden könnte.

Die Firma Holcim hatte bereits vor längerer Zeit versprochen, Projekte zu realisieren. Bisher wurden von der Gemeinde keine Vorschläge für solche Projekte gemacht. Die CDU-Fraktion ist der Ansicht, dass die vorgestellte Maßnahme ein solches Projekt sein könnte, da am Wendehammer sowieso eine Aussichtsplattform mit Stellplätzen geplant ist.

Die CDU-Fraktion schlägt ein abschnittsweises Vorgehen an. So könnte man zunächst in einem ersten Schritt Pkw- und Wohnmobilstellplätze und einen Dorfplatz anlegen. In einem späteren 2. Schritt könnte man als ersten Einstieg zum Kreidemuseum im Bereich des Aussichtspunktes Exponate aufstellen. Als Zukunftsvision sind dann das eigentliche Ausstellungsgebäude und die Energieversorgung und evtl. auch der Bahnsteig für den Kreideexpress gedacht.

Auf Nachfrage bestätigt Herr Droßard, dass nur an einen Wohnmobilübernachtungsplatz gedacht ist. Aus diesem Grunde müssen auch keine weiteren Ver- und Entsorgungsmöglichkeiten vorgehalten werden.

In diesem Zusammenhang wird noch einmal die 2. Aussichtsplattform auf der anderen Seite der Kreidegrube angesprochen.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden **Beschluss**:

Die Bürgermeister stellen bei der nächsten Gesprächsrunde mit der Fa. Holcim das Projekt Aussichtsplattform mit Wohnmobilstellenplätzen und Freizeiteinrichtungen am ehemaligen Jungviehstall vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Pkt. 6: Kurzinformation über Möglichkeiten, Gemeinden mit günstiger Energie zu versorgen

Rüdiger Hollm erläutert einleitend, dass im Jahre 2013 die Wegenutzungsverträge Strom/Gas auslaufen werden. Er hat sich aus diesem Grunde ausgiebig mit der Frage beschäftigt, ob die Gemeinde z. B. durch eine Netzübernahme langfristig mehr Einnahmen generieren könnte. Viele Kommunen kommunalisieren die Energieversorgung wieder, da sie dadurch mehr Einfluss z. B. auf die Preise und den Energiemix haben. Herr Hollm plädiert dafür, dass sich die Gemeinde Lägerdorf intensiv mit einer Netzübernahme auseinandersetzt, statt nur die Wegenutzungsverträge um weitere 20 Jahre zu verlängern. Dies wäre zwar die einfachste Lösung, aber nicht unbedingt die wirtschaftlichste.

Herr Schöttle erläutert weitere Einzelheiten und Möglichkeiten der Beteiligungen. Er ist der Auffassung, dass die Gemeinde Lägerdorf aufgrund ihrer Größe nicht eigene Gemeindewerke gründen sollte, sondern sich einen strategischen Partner suchen könnte. Er macht darauf aufmerksam, dass die Stadtwerke Itzehoe eine Beteiligung in Höhe von 60 % zulässt, die E.ON lediglich eine Beteiligung in Höhe von 49,9 %.

Herr Barthel fragt nach, über welchen Betrag hier geredet wird, der für eine Netzübernahme bzw. -beteiligung gezahlt werden muss. Herr Schöttle erklärt, dass die Fa. E.ON darüber noch keine Angaben macht. D. h. zurzeit weiß niemand, über welche Beträge gesprochen werden.

Weiterhin wirft Herr Pollex die Frage auf, wie denn z. B. die Kommunalaufsichtsbehörde über eine Netzübernahme bzw. -beteiligung denkt. Auch diese Frage kann zurzeit nicht beantwortet werden.

Herr Schöttle verteilt Unterlagen (**s. Anlage**), aus denen sich noch weitere Einzelheiten ergeben.



Anlage Energie

Hingewiesen wird außerdem auf ein Kfw-Förderprogramm für Kommunen, die ihre Energie selbst in die Hand nehmen. Dieses Programm greift ab 01.06.12.

Das geplante Pumpspeicherkraftwerk der Fa. Holcim ist nach Aussage von Herrn Tiedemann bereits ziemlich weit gediehen. Er schlägt eine interfraktionelle Sitzung zum Thema Energie vor, bei der Herr Holpert den Stand der Dinge zum Pumpspeicherkraftwerk erläutern könnte.

Die Gemeindevertreter sind mit folgender Vorgehensweise einverstanden:

- Es wird eine Arbeitsgruppe Energie gebildet. Jede Fraktion möge ein Mitglied an Herrn Rüdiger Hollm melden.
- Bürgermeister Sülau wird in den nächsten 2 - 3 Wochen eine interfraktionelle Sitzung zum Thema Energie einberufen. Anlässlich dieser Sitzung soll auch Herr Holpert über das Pumpspeicherkraftwerk berichten.

Zu Pkt. 7: Mitteilungen und Anfragen

- Bürgermeister Sülau gibt seinen Urlaub bekannt.
- Herr Sülau verliest ein Schreiben, das er allen Grundstückseigentümern überreichen möchte, die ihrer Straßenreinigungspflicht nicht nachkommen. Es wird allgemeine Zustimmung signalisiert.
- Weiterhin verliest Herr Sülau ein Schreiben des Polizeireviers Itzehoe zur Auflösung der Polizeistation Lägerdorf.
- Am 1. Juli 2012 feiert die Ev. Kirche das 100jährige Jubiläum der Lutherkirche.
- Am 27. Mai 2012 wird das Freibad eröffnet. Bürgermeister Sülau kündigt in diesem Zusammenhang ein interfraktionelles Gespräch zur Übernahme der BHKWs an.
- Die alten Straßenbeleuchtungsmasten können käuflich erworben werden.
- Es wird nachgefragt, wer für die Reinigung und Pflege des von der TEG erworbenen Grundstückes im Parkgelände zuständig ist.
- An die Behebung von Mängeln am Kindergarten wird erinnert.
- Frau Fritz bittet Bürgermeister Sülau, darauf hinzuwirken, dass in der Schule das Schmutzwasser nicht weiter von den Reinigungskräften auf den neuen Rollrasen geschüttet wird. Es seien schon kahle Stellen erkennbar.
- Es wird darauf hingewiesen, dass das Jugendparlament neu gewählt werden muss.
- Die neu aufgestellten Zäune um das Schulgelände sind wackelig und müssen gerichtet werden.
- Für den diesjährigen polnischen Jugendaustausch sind noch 4 Plätze frei.
- Bürgermeister Sülau berichtet, dass er eine Aushilfe für den Bauhof einstellen wird.
- Die Stelle der/des Sozialarbeiterin/Sozialarbeiters wurde ausgeschrieben. Es sind auch schon Bewerbungen eingegangen.

Kommunale Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien

„Kommunen sind wichtige Treiber beim Ausbau Erneuerbarer Energien und können gleichzeitig in relevantem Umfang Profiteure sein. Denn im Regelfall werden bisher importierte Energierohstoffe oder Endenergien durch heimische Energiequellen, Technologien und Dienstleistungen ersetzt. Gleichzeitig findet eine Reihe von Wertschöpfungsschritten in den Kommunen selbst statt, die dort zu positiven regionalwirtschaftlichen Wirkungen führen.“

Wie groß jedoch der Anteil genau ist, der in den Kommunen aus ökonomischer Sicht erwirtschaftet werden kann, d.h. welche Schritte der Wertschöpfung dort in der Regel in welchem Umfang stattfinden, ist bisher wenig bekannt. Die Wissenslücke wird noch größer, wenn man nach den verschiedenen Möglichkeiten und Potenzialen der kommunalen Wertschöpfung der verschiedenen Erneuerbare-Energien-Technologien fragt. Dies verwundert umso mehr, da immer mehr Kommunen den Nutzen Erneuerbarer Energien erkennen und ihre Potenziale heben wollen. Zudem ist sogar ein kleiner Trend hin zu 100 %-EE-Kommunen auf kommunaler wie regionaler Ebene erkennbar. Die Nachfrage nach derartigem Wissen und Informationen ist dementsprechend hoch.

In einer aktuellen Studie haben das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und das Zentrum für Erneuerbare Energien der Universität Freiburg (ZEE) untersucht, welchen Einfluss der Ausbau Erneuerbarer Energien auf Arbeitsplätze, Einkommen, Gewinne und Steuereinnahmen vor Ort haben.

Kommunen profitieren von der Nutzung Erneuerbarer Energien durch die Einsparung von fossilen Brennstoffkosten, die Schaffung von regionalen Arbeitsplätzen und durch Steuer- und Pachteinnahmen. Die Studie schlüsselt die unterschiedlichen Wertschöpfungseffekte auf kommunaler Ebene auf und macht sie vergleichbar. Die gesamte kommunale Wertschöpfung steigt von mindestens 6,8 Mrd. Euro im Jahr 2009 auf mindestens 12,3 Mrd. Euro im Jahr 2020, wenn der Ausbaugrad erreicht wird, den die AEE-/BEE-Branchenprognose erwartet. Dadurch werden im Jahr 2020 mindestens 33 Mrd. Euro fossile Brennstoffimporte vermieden.*“

Während in Berlin und Brüssel noch über den Weg ins regenerative Zeitalter diskutiert wird, nehmen viele Kommunen und Regionen die Energiewende bereits selbst in die Hand, zum Wohle ihrer Bürgerinnen und Bürger. Denn der Aus- und Aufbau einer regenerativen Energieversorgung passiert nicht irgendwo, sondern bei den und durch die Menschen vor Ort, in den Städten, Gemeinden und Landkreisen. Hier entstehen die Wind- und Solarparks, hier werden die Energiepflanzen angebaut und hier rüsten die Häuslebauer ihre Eigenheime für die Zukunft. Der Umbau der Energieversorgung von einem zentralen System mit wenigen Großkraftwerken zu einem dezentralen System mit vielen kleinen und flexiblen Kraftwerken geht einher mit neuen, demokratischen Eigentümerstrukturen.

Damit bieten sich für Kommunen und kommunale Unternehmen, aber auch für Bürgerinnen und Bürger Möglichkeiten, selbst zu Betreibern des eigenen Anlagenparks zu werden. Landwirte werden zu Energiewirten, Stadtwerke verlegen Nahwärmenetze und Kommunen werden gemeinsam mit den Anwohnern zu Energiegenossen.

Neben der kommunalen Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien steht auch die konkrete Beteiligung der Bürger an der Planung und dem Betrieb der Anlagen im Fokus. Denn obwohl die Energiewende von der Bevölkerung mehrheitlich unterstützt wird, steht die Akzeptanz der Erneuerbaren Energien mit jeder neuen Anlage auf dem Prüfstand. Dabei geht es weniger um die finanzielle Frage: Die meisten halten die Kosten für die Förderung der Erneuerbaren für angemessen. Vielmehr stehen die regenerativen Energien für andere Werte, vor allem für Klimaschutz und Generationengerechtigkeit.

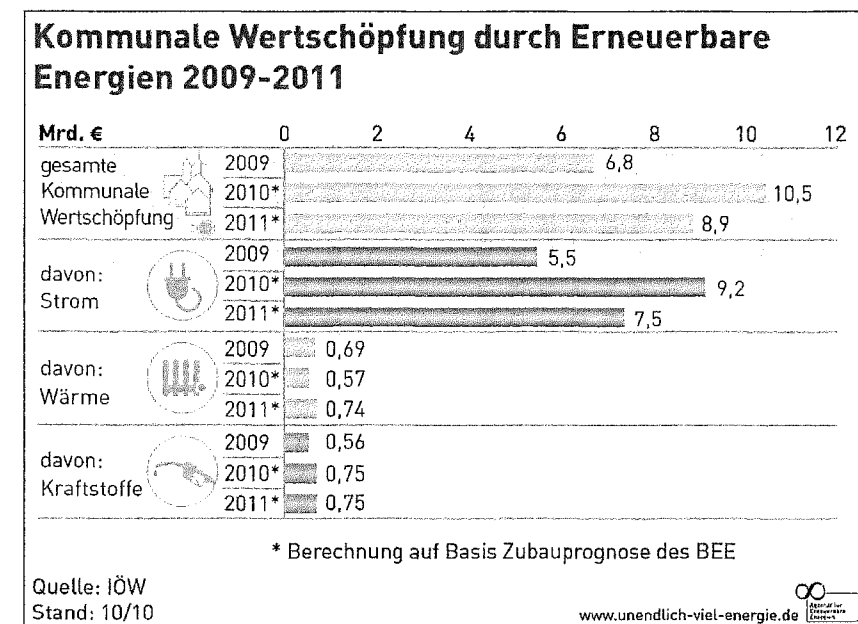
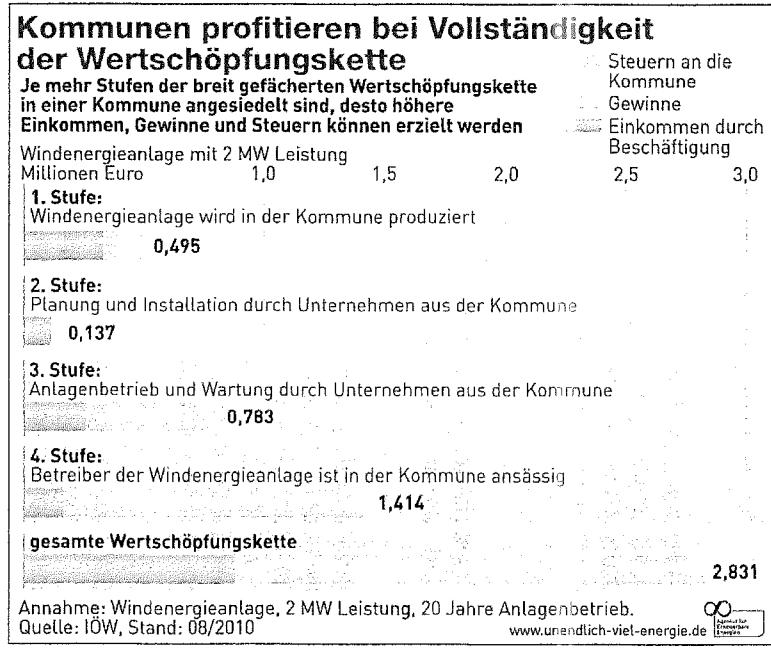
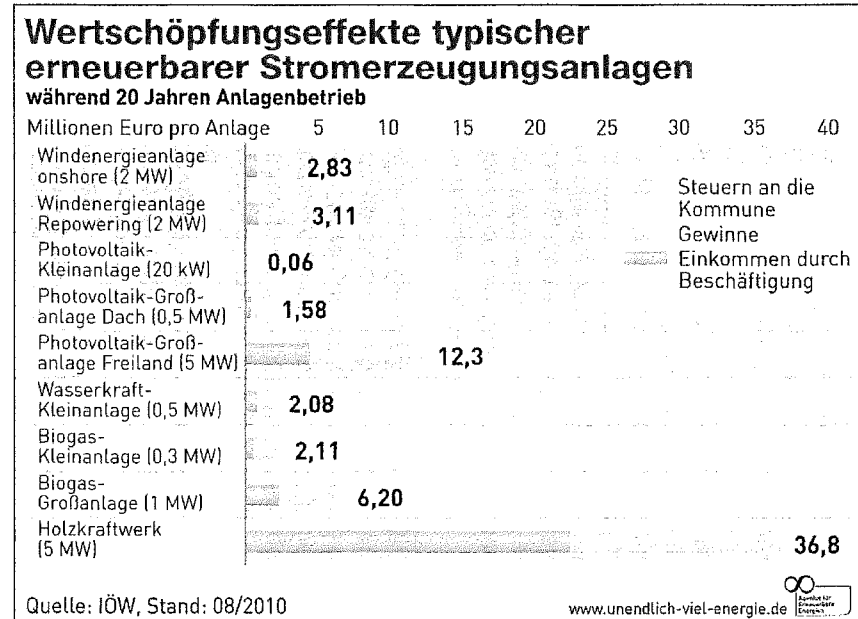
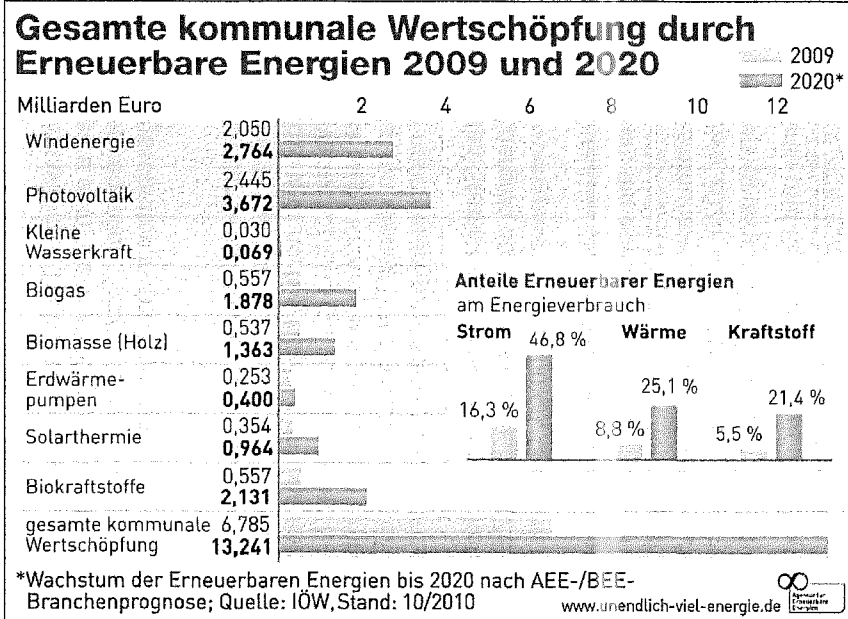
Welche Chancen ergeben sich für Lägerdorf?

Mit eigenen Stadtwerken gewinnen Kommunen neue wirtschaftliche und strategische Handlungsspielräume. Die Gewinne aus dem Netzbetrieb fließen nicht mehr an Dritte, sondern an die Eigentümerkommunen. Anstatt einer Gewinnausschüttung, die versteuert werden müsste, ist auch die dauerhafte, deutliche Senkung des Strompreises für alle Mitglieder der Eigentümerkommune möglich. In Verbindung mit den Gewerbesteuererinnahmen können so andere Aufgaben der Daseinsvorsorge finanziert werden. Kommunale Energieversorgungsunternehmen sind zudem wichtige Arbeitgeber und vergeben Aufträge und Investitionen überwiegend an Unternehmen in der Region. Außerdem können Stadtwerke ihre Kommunen bei der Realisierung strategischer Ziele unterstützen, beispielsweise beim Klimaschutz oder beim Ausbau des DSL/Breitbandnetzes.

Welche Möglichkeiten der Netzübernahme gibt es, und wovon hängt der Erfolg ab?

Die Möglichkeiten der Netzübernahme sind vielfältig und hängen von der besonderen Ausgangslage der Gemeinde ab. Sie reichen von der Gründung eigener Stadtwerke bis zu Beteiligungs- und Pachtlösungen. Vor einer Konzessionsübernahme müssen eine Reihe von Erfolgsfaktoren geprüft werden, darunter die rechtliche Machbarkeit, die demografische und wirtschaftliche Struktur der Gemeinde, die Siedlungsdichte und Siedlungsstruktur, die Struktur der Energienetze, die Kundenstruktur, die Höhe des Netzkaufpreises und dessen Refinanzierung durch Netznutzungsentgelte, vorhandene Unternehmensstrukturen und die Ausprägung und Qualität einer bestehenden oder noch anzustrebenden strategischen Partnerschaft.

* www.unendlich-viel-energie.de



Das neue Energiekonzept Deutschlands, von der unionsgeführten Bundesregierung im breiten gesellschaftlichen Konsens entwickelt, eröffnet den Kommunen außergewöhnliche neue Perspektiven. Dezentralität und kommunale Verantwortung erhalten einen völlig neuen Stellenwert. Demokratisch legitimierte Daseinsvorsorge kann ein neues Gefühl von Heimat schaffen. Die Gemeinden, Städte und Landkreise sind die starken Partner, um dezentral Energie zu erzeugen und zu speichern, die nötigen Leitungsnetze zu bauen, Energieeffizienz und Klimaschutz zu erreichen und alles zu stabilen erschwinglichen Energiepreisen!

Zukunft ergreifen heißt, schnell die Herausforderungen annehmen, kommunale Energiekonzepte entwickeln und konkrete Maßnahmen zum Auf- und Ausbau der dezentralen Energieversorgung und Energieerzeugung einzuleiten. Die KPV fordert alle Beteiligten auf, dies als Chance für mehr kommunale Selbstverwaltung, für mehr kommunales Engagement und Handeln, für mehr Bürgereinbindung und Bürgerbeteiligung zu nutzen.



KPV-Bundesvertreterversammlung 2011 in Kassel

KPV-Beschluss 2011

Das Energiekonzept macht die Kommunen stark

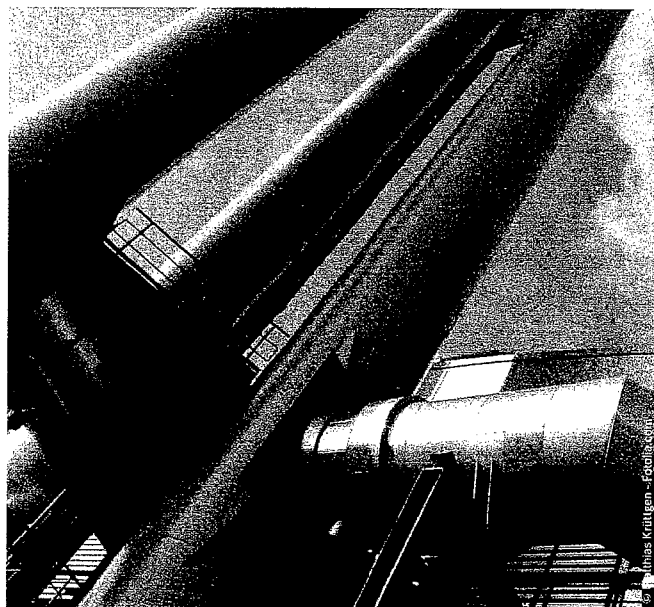
Mehr Energie für die Heimat

Die Bürgerinnen und Bürger sind an der Erarbeitung eigener kommunalen und regionalen Energiekonzeption zu beteiligen. Die KPV setzt sich dafür ein „Energieleitbilder“ gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln und durch die Vertretungskörperschaften zu beschließen. Der gesellschaftliche Konsens zum Ausstieg aus der Atomkraft muss zu einem gesellschaftlichen positiven kleinteiligen Handlungsrahmen werden, damit in jeder Kommune der Beitrag zum Gelingen sichtbar wird. Wer den Atomausstieg befürwortet, aber gleichzeitig die Windräder oder die Energieleitung verhindern will, darf gesellschaftlich keinen Erfolg bekommen.

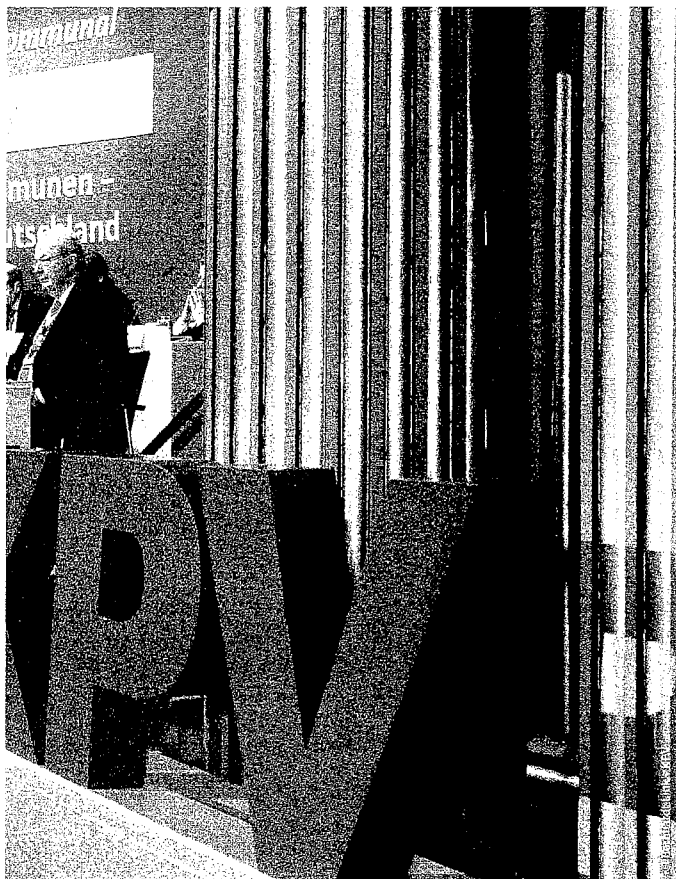
Die KPV fordert insbesondere Stadtwerke und Sparkassen sowie Genossenschaftsbanken auf, Projekte zu entwickeln, die auch finanzielle Beteiligungen der Bürgerinnen und Bürger an der Energieversorgung und Energieerzeugung ermöglichen. Das kann eine neue Bindung an die Kommune oder Region und eine neue Verantwortungspartnerschaft vor Ort begründen.

Energie vor Ort erzeugen

Damit die Energiewende ein Erfolg wird, müssen alle Ressourcen der alternativen Energieerzeugung mobilisiert werden: Wir brauchen die großindustriellen Anlagen ebenso wie die dezentralen Anlagen von privaten Unternehmen,



Ulrich Krüger - Fotolia



Kommunen, Stadtwerken, Genossenschaften, Privatinitiativen oder in interkommunaler Zusammenarbeit. Wenn die Energie vor Ort erzeugt wird, muss dabei zusätzlich die entstehende Wärme auch unmittelbar vor Ort genutzt werden können.

Neben der Off-Shore Windenergie ist auch die Windkraft auf dem Land verstärkt zu nutzen. Hierzu gehört vor allem die Ausschöpfung der vorhandenen Potenziale durch den Austausch älterer durch neue, leistungsstärkere Windkraftanlagen. Beim sogenannten Repowering sind die Grenzabstände zur Wohnbebauung zu beachten. Auch die Windkraft im Wald sollte verstärkt genutzt werden.

Die dezentrale Lage, die Entfernung zur Wohnbesiedlung und das bereits bestehende forstwirtschaftliche Wegenetz bieten die Chance, diese Energiequelle möglichst störungsfrei zu erschließen. Biomasseanlagen müssen an die örtlichen Gegebenheiten angepasst werden. Die Notwendigkeit spezielle Anlagengrößen zu privilegieren besteht nicht. Die Genehmigung der „kleinen Wasserkraft“ als grundlastfähige Energieerzeugung ist weiter zu vereinfachen.

Intelligent vernetzen

Damit wir die alternativen Energien auch nutzen können, muss das Stromnetz den neuen Bedürfnissen angepasst und schnellstmöglich ausgebaut werden. Ca. 80 Prozent der erneuerbaren Energien können auf der Ebene der Verteilernetze eingespeist werden. Dies erfordert erhebliche Investitionen der Stadtwerke als Verteilernetzbetreiber vor Ort. Der Ausbaubedarf der Fernleitungstrassen lässt sich durch Förderung von Speichertechnologien und nicht

zuletzt durch die Steuerung der Nachfrage insbesondere durch intelligente Stromnetze („Smart Grids“) reduzieren. Durch „Smart Grids“ wird die Verknüpfung von Erzeugern, Verbrauchern und Speichern über das Internet und so eine angebotsorientierte Steuerung des Stromverbrauchs möglich.

In diesem Zusammenhang begrüßt die KPV die „Breitbandstrategie“ der unionsgeführten Bundesregierung, um eine lückenlose Anbindung aller Städte und Gemeinden – auch im ländlichen Raum – an schnelle Internetverbindungen zu gewährleisten. Hinsichtlich der erforderlichen Höchstspannungsstromleitungen brauchen wir eine vernünftige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger – nicht nur der Betroffenen – und die frühzeitige Einbindung betroffener Kommunen.

Vor Ort speichern

Neben der Entwicklung und dem Ausbau neuer Speichermedien kann die Elektromobilität einen wichtigen Beitrag zur Zwischenspeicherung von Energie leisten. Die KPV begrüßt die Ziele der nationalen Strategie zur Förderung von Elektromobilität und fordert die offensive Mitwirkung der Städte, Gemeinden und Landkreise.



Anreizen und Energie sparen

Auf den Gebäudebereich entfallen rund 40 Prozent des deutschen Energieverbrauchs und etwa ein Drittel der CO₂-Emissionen. Die KPV fordert weiter deutliche Anreize zur energetischen Sanierung und zur Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden. Die KPV unterstützt den Ansatz der steuerlichen Begünstigung von energetischen Investitionen, zumal die örtliche Wirtschaft und das örtliche Handwerk von den Maßnahmen profitieren werden. Die Kommunen unternehmen bereits heute nicht zuletzt auch mit Hilfe der vorhandenen Förderprogramme große Anstrengungen, ihren Gebäudebestand energetisch zu sanieren, um so den Energieverbrauch und die Kosten weiter senken zu können.